

**Satzung
für den Ausländerbeirat der Stadt Darmstadt**

Vom 31.03.1988¹

Präambel

Die Stadt Darmstadt bekennt sich zur Integration ihrer ausländischen Einwohner/innen in die städtische Gemeinschaft und die politische Willensbildung. Im Rahmen der rechtlich gegebenen Möglichkeiten sollen die ausländischen Einwohner/innen durch einen demokratisch legitimierten Ausländerbeirat höchstmögliche Beteiligungsrechte an kommunalen Entscheidungsprozessen erhalten.

Daher wird aufgrund des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Darmstadt vom 24.03.1988 gemäß § 5 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 01.04.1981 (GVBl. I S. 66), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 06.03.1985 (GVBl. I S. 57), folgende Satzung erlassen:

§ 1 Bildung des Ausländerbeirates

Im Interesse guter Beziehungen zwischen der deutschen und ausländischen Bevölkerung der Stadt Darmstadt und zur Beteiligung der Ausländer am kommunalen Geschehen wird ein Ausländerbeirat gebildet.

§ 2 Aufgaben und Rechte

(1) Aufgaben des Ausländerbeirates sind insbesondere

- a) die Interessen der ausländischen Einwohner/innen gegenüber den städtischen Gremien durch Wünsche, Anregungen und Empfehlungen zu vertreten,
- b) die städtischen Gremien in allen ausländische Einwohner/innen betreffenden Fragen zu informieren und zu beraten,
- c) die sozialen, religiösen und kulturellen Aktivitäten der ausländischen Einwohner/innen zu fördern, um dadurch zur guten Verständigung zwischen allen Einwohnern beizutragen,
- d) Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenhang mit den Aufgaben des Ausländerbeirates.

(2) Der Ausländerbeirat hat das Recht, ausländische Einwohner/innen für die Wahl in Kommissionen und andere Beiräte der Stadt vorzuschlagen.

(3) Der Magistrat hat den Ausländerbeirat rechtzeitig über alle Angelegenheiten zu unterrichten, deren Kenntnis zur Erledigung seiner Aufgaben erforderlich ist. Der Ausländerbeirat hat ein Vorschlagsrecht in allen Angelegenheiten, die ausländische Einwohner betreffen. Er ist in allen wichtigen Angelegenheiten die ausländische Einwohner betreffen, zu hören. Die Stadtverordnetenversammlung soll, die Fachausschüsse müssen

¹ I.d.F. der Änderungssatzung vom 06.06.2001, veröffentlicht im Darmstädter Echo vom 11.06.2001, in Kraft getreten am 01.01.2002.

sowie der Magistrat kann in ihren/seinen Sitzungen den Ausländerbeirat zu den Tagesordnungspunkten hören, die Interessen der ausländischen Einwohner berühren.

(4) Wünsche und Anregungen des Ausländerbeirates, die über den Zuständigkeitsbereich der Stadt Darmstadt hinausgehen, werden von ihr an die zuständigen Stellen weitergeleitet.

§ 3 Zusammensetzung

Die Zahl der Mitglieder des Ausländerbeirates ist in der Hauptsatzung bestimmt.

§ 4 Verfahrensvorschriften

(1) Der Ausländerbeirat hält seine Sitzungen nach Bedarf ab. Eine Sitzung muss unverzüglich einberufen werden, wenn es die Stadt unter Angabe des zur Verhandlung zu stellenden Gegenstandes verlangt.

(2) Die Sitzungssprache ist deutsch.

§ 5 Geschäftsstelle

(1) Die Stadt richtet eine Geschäftsstelle des Ausländerbeirates ein. Sie stellt hierfür die erforderlichen Mittel bereit. Diese sind so zu bemessen, dass die Arbeit des Ausländerbeirates gewährleistet ist.

(2) Der Ausländerbeirat kann dem Magistrat Vorschläge zur Besetzung der Stelle des/der Geschäftsführer(s)/in, der/die an der Sitzung des Ausländerbeirates teilnimmt, unterbreiten.

(3) Die Geschäftsstelle sorgt unter anderem für die Vorbereitung und Protokollführung der Sitzungen des Ausländerbeirates.

§ 6 Kostenregelung

Mitglieder des Ausländerbeirates erhalten von der Stadt für Verdienstaufschlag und Fahrtkosten eine Entschädigung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des § 1 Abs. 1 Nr. 3, Abs. 3, §§ 2 und 3 der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtlich Tätige in der jeweils gültigen Fassung. Der Vorsitzende des Ausländerbeirates erhält monatlich eine Aufwandsentschädigung von 75 €; die anderen Mitglieder des Ausländerbeirates erhalten eine solche von monatlich 50 €.

§ 7 Verschiedenes

(1) Der am 07.05.1989 gewählte Ausländerbeirat bleibt bis zur Neuwahl nach den Bestimmungen der Hessischen Gemeindeordnung i.d.F. des Gesetzes vom 20.05.1992 (GVBl. I S. 170) im Amt.

(2) Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Darmstadt, den 31.03.1988
Der Magistrat der Stadt Darmstadt
Günther Metzger
Oberbürgermeister